

Henner Hess

Die Zukunft des Verbrechens*

As crime becomes, perhaps, the greatest danger of the next century and national defense increasingly becomes a local issue, how could I avoid the issue of crime ...

Robert D. Kaplan (1997, 14)

Unter dem Stichwort »Globalisierung« werden derzeit weltweite ökonomische Veränderungsprozesse diskutiert. Daß die damit verbundenen Probleme der Zunahme von Armut für bestimmte Teile der Bevölkerung Kriminalität verändern und neue Formen staatlicher Reaktionen hervorrufen, zeigt der Autor: Diese Entwicklung wird hervorgerufen durch die Freisetzung von Millionen Arbeitskräften und die Immigration von Armen ohne Zukunftschancen. Auf den daraus resultierenden Anstieg der Eigentums- und Gewaltkriminalität reagiert der Staat zunehmend mit repressiven Mitteln, die auf große Zustimmung in der Bevölkerung stoßen. Kriminalpolitische, präventive Ansätze aus den siebziger Jahre haben es immer schwerer das Gehör repressionsüchtiger Politiker zu finden.

Die Red.

Allen Philosophen der Postmoderne und ihrer Rede vom Ende der großen Erzählungen zum Trotz haben wir zur Zeit wieder einen neuen *méta-récit* von zumindest mittlerer Reichweite, den Globalisierungsdiskurs (und wahrscheinlich ließe sich als ›chernes Gesetz‹ formulieren, daß der Mensch wenn überhaupt, dann nur schwer ohne Meta-Erzählung leben kann). Zwar läuft ein Prozeß der Globalisierung – wie von Marx bis Wallerstein beschrieben – seit Jahrhunderten ab, aber erst seit dem Ende der Sowjetunion und dem endgültigen Sieg des Kapitalismus als Weltsystem hat er auch die letzten Enklaven erfaßt. Daß es sich dabei im Augenblick vornehmlich um eine Globalisierung des *laissez-faire*-Kapitalismus handelt, ist eine keineswegs irgendwie naturnotwendig ablaufende Entwicklung. Diese Entwicklung wird durch politische Entscheidungen ermöglicht und vorangetrieben, und so ist denn auch die Erzählung davon, der Globalisierungsdiskurs, nicht nur Beschreibung tatsächlicher Vorgänge, sondern zugleich eine ideologische Strategie, die die Anpassung an ökonomische Imperative als zwangsläufig darstellt. Ironischerweise vertreten dabei die meisten Diskursanten aus der Wirtschaft, der neo-liberalen Wirtschaftswissenschaft und den konservativen Parteien einen ganz vulgärmarxistischen ökonomischen Determinismus.¹ Vom Standpunkt des methodologischen Individualismus aus ist dieser Diskurs also mit Vorsicht und eher kritisch zu betrachten. Nichtsdestotrotz werden

* Meinem Mentor und Freund Roberto Llaryora zum 65. Geburtstag gewidmet.

¹ Für eine entsprechende Kritik von links vgl. Piven/Cloward 1997a. Aber auch einer der wichtigsten Akteure auf der weltwirtschaftlichen Bühne, George Soros, sieht »the uninhibited pursuit of laissez-faire economics« im Augenblick als größte Gefahr für soziale Gerechtigkeit und ökonomische Stabilität und für seine an Popper orientierte Idee von der *open society* und betont dabei – ganz ähnlich wie Piven und Cloward – unter dem Stichwort *reflexivity* die Beziehung von Interpretation und Realität als »feedback mechanism between the market participants' thinking and the situation they think about«; vgl. Soros 1997 und 1998.

durch menschliche Entscheidungen und Handlungen Verhältnisse geschaffen, die dann ihrerseits wieder (wie es der theoretische Institutionalismus als Ergänzung des methodologischen Individualismus postuliert) als neue strukturelle Tatsachen auf Entscheidungen und Handlungen sich auswirken.

In diesem Sinne ist – trotz aller Skepsis gegenüber dem vulgärmarxistischen Diskurs – wohl kaum zu bezweifeln, daß sich die tektonischen Spannungen und Brüche in den ökonomischen, demographischen und politischen Tiefen der Gesellschaft auch in den eher symptomatischen Oberflächenphänomenen Kriminalität und soziale Kontrolle recht drastisch widerspiegeln werden. Wahrscheinlich wird man – auf eine grobe These gebracht – folgende Entwicklung erwarten müssen: Die Globalisierung wird den Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung senken und die Armutsbevölkerung zusätzlich durch Immigration erhöhen. Mit den daraus resultierenden Konflikten werden sowohl die Kriminalität als auch die Punitivität zunehmen. Zugleich schwinden staatlicherseits die Möglichkeiten präventiver Kontrolle durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen einerseits und panoptische Überwachung andererseits. Die bisher typische Tendenz in Richtung einer ›sanften‹, d. h. medizinalisierten, therapeutischen, normalisierenden Reaktion auf ›Devianz‹ wird abbrechen und an ihre Stelle wieder die ›harte‹, repressiv-ausschließende Bekämpfung von ›Kriminalität‹ treten. Ich möchte im folgenden diese These ein bißchen illustrieren und begründen.

Huxley/Marcuse und Orwell/Foucault: Die vergangene Zukunft der sozialen Kontrolle

Zukunftsvisionen der sozialen Kontrolle waren in diesem Jahrhundert fast immer geprägt von der Vorstellung, daß der Staat seine Herrschafts- und Kontrollmechanismen perfektionieren und letztlich dem ohnmächtigen Bürger mit Allgewalt gegenüber treten würde. In diesem Punkt stimmen die beiden berühmtesten dieser Zukunftsvisionen, die Dystopien von Aldous Huxley und von George Orwell, völlig überein. Sie unterscheiden sich eigentlich nur in bezug auf die Mittel, mit deren Hilfe die Zentralinstanz jeweils die totale Kontrolle erreicht und aufrechterhält. In Huxleys imaginärer Welt werden die Menschen durch eine Droge, Soma, glücklich und zufrieden gestellt, durch die Erfüllung konventioneller Bedürfnisse sozusagen zur Konformität verführt, so beeinflußt, daß sie das wollen, was sie sollen. Bei Orwell ist das entscheidende Mittel die lückenlose Überwachung des gläsernen Menschen, dessen Umwelt so gestaltet wird, daß er nicht mehr anders handeln kann als er handeln soll. Beide dystopische Vorstellungen haben jeweils an bestimmte tatsächliche Entwicklungen angeknüpft. Huxley hat Lebensweisen in wohlhabenden kalifornischen Milieus, in denen er sich während der dreißiger Jahre aufhielt, ins Extrem gesteigert, und der Trotzkiist Orwell hat die Erfahrung der stalinistischen Diktatur verarbeitet. Spätere sozialwissenschaftliche Analysen haben dann immer wieder Tendenzen ausgemacht, die manchmal die eine, manchmal die andere Zukunftsvision zu bestätigen scheinen (vgl. Scheerer/Hess 1997, 118–128). So hat Herbert Marcuse in *Der eindimensionale Mensch* ein Bild moderner westlicher Gesellschaften gezeichnet, das sich der Vision Huxleys stark annähert. Diese Gesellschaften sind aufgrund ihres hohen Produktionsniveaus in der Lage, grundlegende materielle Bedürfnisse zu befriedigen. Sie erzeugen zugleich eine Vielzahl »falscher« Bedürfnisse, in denen die Menschen wie in einer Art Sucht gefangen sind, und sie offerieren die Befriedigung dieser Bedürfnisse in kommodifizierter und kommerzialisierter Form, so daß

man sozusagen die Freiheit als Abenteuer-Urlaub kaufen kann. Die soziale Ordnung ist derartig gefestigt, daß große Verhaltensvariationen und sogar ein ziemliches Maß an Devianz, z. B. im sexuellen Bereich, geduldet werden können – in »repressiver Toleranz«, d. h. in Toleranz der harmlosen Abweichung, deren Duldung Freiheit vorgaukelt und ein echtes, aus erlebter Unterdrückung gespeistes Emanzipationsverlangen verschwinden läßt. Eher Orwell nahe ist dagegen das von Foucault vor allem in *Überwachen und Strafen* beschworene Bild des Bentham'schen Panoptikons und sind seine letztlich an Max Webers »Gehäuse der Hörigkeit« erinnernden Vorstellungen einer zunehmenden Rationalisierung, Bürokratisierung und Disziplinierung der Gesellschaft als *carcéral*.² Diese Vorstellungen fanden großen Widerhall in einer Zeit, in der sowieso die Möglichkeiten der neuen Computer-Technologie die Ängste vor staatlicher Informations- und Überwachungsallmacht ins Phantastische gesteigert hatten. Im Hinblick auf die Methoden der Verbrechenverfolgung schien sich der Rechtsstaat in einen totalitären Sicherheitsstaat zu verwandeln, in dem verdeckte Ermittlung, Rasterfahndung, vermehrte Telefonüberwachung, Lauschangriffe usw. zu alltäglicher Praxis wurden. Mehr und mehr sieht es so aus, daß man – auch ohne daß ein konkreter Tatverdacht vorliegt, z. B. als Kontaktperson anderer überwachter Personen – in die Informationsschleppnetze der Polizei geraten kann, einer Polizei, die sich in ihrem Vorgehen zunehmend den Geheimdiensten annähert. Die Diagnose einer Abkehr von der reaktiven und einer Hinwendung zur proaktiven Kontrolle ist wohl überhaupt das wichtigste gemeinsame Element aller generellen Aussagen zu den Entwicklungstendenzen sozialer Kontrolle. Bei Marcuse richten sich die vorbeugenden Mechanismen auf das Innere des Menschen, auf seine Seele, aber nicht mit normativ-moralischem Anspruch wie bisher Religion und Recht, sondern als Manipulation von Bedürfnissen materieller und immaterieller Art, die beide mit als Waren angebotenen Gütern und Erlebnissen oberflächlich und letztlich nur scheinbar befriedigt werden, so daß man von einer Opiatisierung der sozialen Kontrolle sprechen könnte. In Foucaults Disziplinargesellschaft geht es um die Einübung und Automatisierung konformen und für konforme Zwecke produktiven Verhaltens, wobei die Kontrollmechanismen hauptsächlich auf die Körper ausgerichtet sind. Bei Deleuze (1990) schließlich interessiert die Herstellung des zuverlässigen Individuums schon gar nicht mehr, in der von ihm prognostizierten Kontrollgesellschaft ist nur noch die Vermeidung bzw. Regulierung prekärer, irgendwie gefährlicher Situationen wichtig. Die entsprechenden Maßnahmen reichen von Raumplanung und Techno-Prävention, wodurch unerwünschte Personen ferngehalten werden und unerwünschte Ereignisse gar nicht erst entstehen können, über Sicherheitssysteme auf Flughäfen bis zu generellen Urin-Tests aller Mitarbeiter einer Firma zur Abwehr von Drogengebrauch. Dabei geht es gar nicht mehr darum, ob eine deviante Aktion stattgefunden hat, geht es nicht mehr um Sanktionierung, sondern ausschließlich um vorbeugende Regulierung (Feeley/Simon 1995, Lindenberg/Schmidt-Semisch 1995). Große Einkaufszentren (*malls*), Vergnügungsparks wie Disneyland und die durch private Sicherheitsdienste befestigten Viertel der Reichen in den globalen Metropolen oder die über das Land verstreuten *gated communities* gelten vielen Soziologen als Laboratorien für die soziale Kontrolle in der Welt der Zukunft, als artifizielle Paradiese, in denen soziale Kontrolle schon von vornherein eingebaut ist und nicht erst mühsam von Fall zu Fall gegen den Willen des Individuums ausgeübt werden muß, sondern allenfalls gelegentlich einmal durch Hinweis

² In späteren Schriften und Interviews (etwa in *Le souci de soi* und zahlreichen in *Dits et Ecrits* gesammelten Beiträgen) hat Foucault allerdings – ausgehend von seinen Untersuchungen über das klassische Griechenland – ein ganz anderes Bild von der Freiheit des Subjekts entworfen, an das dann u. a. auch die sogenannte *governmentality*-Diskussion sich anschließt.

auf bestehende Konsense und Zweckmäßigkeiten aktualisiert wird (Shearing/Stening 1987, Davis 1990, Blakely/Snyder 1997).

Die Wende von der Reaktion zur Prävention macht sich übrigens in vielen Lebensbereichen bemerkbar.³ Beispielsweise in der Gesundheitspolitik von *safer sex* bis zur Zahnfleischmassage, von der Ernährungsberatung über die Früherkennung von Schwangerschafts- und Mißbildungsrisiken bis zur Krebs-Vorsorgeuntersuchung. Und sie hat natürlich auch das Strafrecht erfaßt. Das klassische Freiheitsideal des Rechtsstaates ließ dem Bürger Raum für alle möglichen Handlungen und legte dem Staat Zurückhaltung auf, bis eine Straftat geschehen war. Vorher konnte und mußte allenfalls polizeirechtlich die Sicherheit geschützt und die Ordnung erhalten werden. Erst die getane Tat wurde gestraft. Diese Strafe war dann allerdings hart, markant und öffentlich. Im Laufe der Zeit hat sich die Auffassung von der Funktion des Strafrechts gewandelt. Zuerst wurde der Versuch einer Straftat ebenfalls zur Straftat erklärt, dann wurde aus dem Strafrecht überhaupt ein Instrument zur Gefahrenabwehr, so daß es nur logisch war, Vorbereitungshandlungen und konkrete, später auch abstrakte und immer abstraktere Gefährdungen in strafrechtliche Tatbestände umzumünzen (im Betäubungsmittelrecht ist diese Tendenz zum Exzeß getrieben; vgl. Nestler 1998). Zugleich wird das Strafrecht aber auch milder. Es gibt eine Tendenz von der »Strafe als Mißbilligung« zur »Mißbilligung als Strafe« (Scheerer 1997, 18); Verwarnungen mit Strafvorbehalt, alternative Sanktionen, Diversionen, Therapie statt Strafe und ähnliche Dinge nehmen zu. Im Bereich der formellen Kontrolle findet eine Abkehr von totalen Institutionen, von Freiheitsentzug und von der Übelzufügung als Vergeltung und sogar als Mittel der Generalprävention statt. Immer mehr geht es darum, auch die formelle Kontrolle zum Mittel der Rückführung des Delinquenten in eine spezialisierte Sozialisation zu machen. Für den Rest der Abweichungen, die nicht von vorneherein vorbeugend ausgeschlossen werden können, ist die typische Reaktion die sanfte, normalisierende, therapeutisierende (Cohen 1985). Dazu paßte ein – nicht nur kriminologischer – Diskurs, in dem »das Soziale«, also »die Gesellschaft« als determinierende Kraft, das Individuum und die individuelle Verantwortlichkeit und damit auch die individuelle Schuld weitgehend verdrängt hatte (O'Malley 1996).

Diese letzten Tendenzen wurden übrigens keineswegs nur als Dystopien gesehen, obwohl man sich weiterhin auch der Gefahren – *net-widening*, Psychomanipulation usw. – bewußt blieb. Immerhin aber schienen sie ja auch als konkrete Schritte hin in die nun gar nicht mehr so utopische Utopie des Abolitionismus interpretierbar, Schritte auf dem Weg zur Abschaffung des Gefängnisses und zur Abschaffung der

3 Bei genauerer Analyse dieser Vorgänge zeigt sich übrigens, daß die Diagnose unserer Gesellschaft als »Riskogesellschaft« nicht besonders gelungen ist. Ganz abgesehen davon, ob die Unterscheidung von Gefahren und Risiken wirklich Phänomene und Attituden sinnvoll differenziert und abgesehen auch von der noch nicht entschiedenen Frage, ob die Existenzrisiken für den Einzelnen oder auch für ganze Gesellschaften heute größer sind als zu irgendeiner anderen Zeit, ist unsere Gesellschaft im Gegensatz zu früheren gekennzeichnet durch die ganz allgemeine und auch vergleichsweise erfolgreiche Bemühung, natürliche und menschengemachte Risiken auszuschließen. D.h. man ist ganz allgemein und auf allen Ebenen weit weniger als früher bereit, mit Risiken zu leben, und »Versicherungsgesellschaft« wäre zweifellos das aussagekräftigere Etikett. Es genügt hinzuweisen auf all die Maßnahmen von der Erdbeben-Vorhersage zur technischen Überwachung von Maschinen und zur Kontrolle von Lebens- und Arzneimitteln oder auch – was die Risiken biographischer Entscheidungen betrifft – auf den Boom der Beratungsliteratur und der Selbsthilfegruppen aller Art. Vor allem hat in den letzten hundert Jahren zunehmend eine Verschiebung der Risikobewältigung vom Einzelnen und vom Familienverband auf große, anonyme Solidargemeinschaften und letztlich den Staat stattgefunden, wodurch die Wucht der Risiken merklich abgeschwächt wurde (Aharoni 1981). Der Einzelne scheint auch durchaus bereit, dafür zu bezahlen, solange ihm wirklich größere Sicherheit garantiert wird; und wer nicht zu zahlen in der Lage ist, wird durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen aufgefangen. Gerade das ist ja einer der Gründe für die gegenwärtige Krise der Staatsfinanzen, auf die ich unten zurückkommen werde. Zur Kritik an Beck und zum Konzept des *homo prudens* vgl. auch Adams 1995, und zu einer Bilanz der bereits erwähnten *governmentality*-Literatur im Gefolge Foucaults, die diesen Aspekt auch thematisiert, vgl. Garland 1997.

Globalisierung und die Folgen: Die Vergangenheit als Zukunft der sozialen Kontrolle

Die bisher – als Dystopie oder Utopie – prognostizierte und in Ansätzen ja auch schon eingeleitete Zukunft geht von einigen Grundvoraussetzungen aus, insbesondere 1) von einem gewissen Grundkonsens der Bevölkerung in bezug auf die soziale Ordnung – erzeugt durch wirtschaftlichen Wohlstand und eine dadurch mögliche wohlfahrtsstaatliche Umverteilung, aber auch durch eine gewisse homogene Sozialisation –, so daß von vorneherein relativ wenig Anlaß für gefährliche Devianz gegeben ist, und/oder 2) von einem starken Staat, der in der Lage ist und über die nötigen Ressourcen verfügt, die Bevölkerung lückenlos zu überwachen und die Welt so zu organisieren, daß möglicherweise dennoch schwelende Risiken schon weitgehend präventiv entschärft werden. Unter diesen beiden Bedingungen kann sich die Gesellschaft dann auch eine wenig punitive Reaktion auf die im Grunde wenig bedrohlichen Formen von Devianz leisten, mit denen sie trotz allem konfrontiert bleibt.

Meine These ist nun, wie gesagt, daß die Globalisierung wirtschaftlich, demographisch und politisch diese Grundvoraussetzungen untergräbt und beseitigt. 1948 wurde zwischen den USA und Westeuropa das General Agreement on Trade and Tariffs (GATT) vereinbart, und seither wurden Zolltarife und sonstige Handelschranken weltweit ständig abgebaut. 1973 fielen die in Bretton-Woods abgesprochenen Wechselkursbindungen und in den achtziger Jahren schließlich alle sonstigen Schranken für den Devisen- und Kapitalverkehr. Nach den Wahlsiegen von Thatcher und Reagan setzte sich auch international mehr und mehr der Standpunkt der neoliberalen Ökonomen durch, daß der Staat nur als Ordnungshüter auftreten dürfe und die Kapitalfonds wie die Unternehmen in ihrer Investitionspolitik völlig frei sein sollten. Zu dieser politischen Vorgabe kam nach der Erfindung des Mikro-Chips im Jahre 1958, einer Revolution im Bereich der Produktivkräfte wie einst die Erfindung der Dampfmaschine, deren Umsetzung in eine enorme Entwicklung der Produktions-, Kommunikations- und Transporttechniken. Und schließlich wirkte das Ende der Sowjetunion wie der Start einer weiteren Raketstufe als Beschleunigung auf den Globalisierungsprozeß. So wurde es möglich, daß Unternehmen nunmehr überall auf der Welt produzieren und verkaufen können. Das führt gemäß der Logik des Kapitalismus zu einer Abwanderung der Produktion dorthin, wo die Löhne, Sozialabgaben und Umweltkosten am niedrigsten sind – oder zumindest zur Drohung mit dieser Abwanderung und damit zum Druck auf die Löhne auch an den bisherigen Standorten bzw. zu Forderungen nach Investitionszulagen, Steuerabschlagen, kostenloser Infrastruktur. Die Unternehmen, selbst die größten, stehen dabei ihrerseits unter dem Druck des flottierenden Finanzkapitals, der weltweit agierenden Fonds, die jeweils viele Einzelanlagen bündeln und je nach zu erzielender Rendite in kürzester Frist Milliarden von Dollars anlegen und abrufen können (Mitte der neunziger Jahre wälzte der gesamte spekulative Kapitalmarkt an den Börsen ein Volumen von 24 Billionen Dollar in jeweils vier Wochen um; vgl. Greider 1997, 23). Durch diesen Renditedruck und durch die nunmehr globale Konkurrenz kam und kommt es zu einer Welle von Rationalisierungen unter den Stichworten *downsizing* (Verkleinern), *outsourcing* (Auslagern) und *re-engineering* (Umorganisieren),

generell zu einer Erhöhung der Produktivität und des Börsenwerts der Unternehmen (woran sich die Kapitalfonds orientieren und den sie bestimmen) bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Arbeiter und Angestellten, zu einem sogenannten *jobless growth*. In Deutschland und in der Europäischen Union wächst – bei tarif- und arbeitsrechtlich gesicherter Erhaltung der Lohn- und Lohnnebeneinkommen der noch Beschäftigten – die Arbeitslosigkeit, weil Arbeitskräfte freigesetzt und keine neuen Arbeitsstellen geschaffen werden. In den USA ist die offizielle Arbeitslosenquote niedriger, neuerdings sogar wieder ausgesprochen gering, aber dafür werden Löhne gesenkt und vor allem viele Arbeitskräfte in Tochtergesellschaften, in denen dann Tarifverträge nicht mehr gelten, oder in die fiktive Selbständigkeit und damit gekoppelte Zeitarbeit abgedrängt. Durch sozialen Abstieg gefährdet sind nicht nur die Arbeiter, sondern ist durchaus auch die Schicht der mittleren und höheren Angestellten. Der Abbau von blue collar-Arbeitsplätzen ist ein Prozeß, der – vor allem in den USA – seit langem im Gange ist und entscheidend zur Entstehung der *underclass* in den sogenannten Hyperghettos beigetragen hat (die es nun nach entsprechender ›Entsozialisierung‹ auch bei größerem Arbeitsplatzangebot schwer hat, wieder in den Arbeitsprozeß einzutreten; vgl. Wilson 1996, 51–146). Aber immer mehr wird auch die Mittelschichtfamilie, die vom Einkommen eines Ernährers leben kann, zum aussterbenden Phänomen. Der Standard der Haushaltseinkommen konnte bisher noch durch die hohe Rate arbeitender Frauen gehalten werden, ist aber mittlerweile trotzdem auch sinkend. In die gleiche Richtung wirken die überall in Europa von den Regierungen betriebenen Privatisierungen von Post und Telefon, Strom- und Wasserversorgung, Luftfahrt und Eisenbahnen, ebenso wie die Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen, z. B. Versicherungen, und die auf vielen Gebieten um sich greifenden Deregulierungen und Rationalisierungen, z. B. im Bankenwesen, die überall Massenentlassungen zur Folge haben. Der rasante Verlust von Arbeitsplätzen im mittleren Dienstleistungsbereich ist das eigentlich Neue an der gegenwärtigen Entwicklung⁴ (Thurow 1996, Martin/Schumann 1996, Greider 1997; zum historischen Hintergrund vgl. Hobsbawm 1996, 403–432). Im gleichen Augenblick, in dem die Nachfrage nach wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wächst, schrumpfen die Mittel dafür. Wenigstens relativ gesehen. Denn insgesamt ist *Big Government* keineswegs auf dem Rückzug. Überall, auch unter Reagan und Thatcher, haben in den letzten Jahrzehnten staatliche Einnahmen und Ausgaben und der Anteil des Staates an der Verfügung über das Bruttosozialprodukt zugenommen. Und fast überall sind die Steuern gestiegen. Dabei hat es aber als schon angesprochene Konsequenz der Globalisierung symptomatische Verschiebungen gegeben: »The basic principle of efficient ›fiscal ranching‹ is obvious: tax immobile factors of production more heavily than mobile ones. That means going easy on taxing the rich; given sufficient reason, they can get away more readily than the less rich. [So sind die Steuereinnahmen aus Unternehmensgewinnen in Deutschland von 1990 bis 1995 um 40% gefallen.] Also, where possible, tax the income generated by ›sunk‹ capital, but offer tax breaks for new investment, so as to attract footloose financial capital. More broadly, since capital of all kinds is more mobile than labour, shift the overall balance of taxation so that it weighs more heavily on workers [und andere

4 Zumindest gilt das für Europa mit seinem hohen Lohnniveau. Die niedrige Arbeitslosenquote in den USA ist dagegen vor allem zurückzuführen auf die Tatsache, daß aufgrund des intensiven Wettbewerbs Dienstleistungsanforderungen der Kunden (wieder) nachgegeben werden muß und die unteren Dienstleistungsränge anschwellen, allerdings bei den erwähnten geringen Löhnen. Ein anderer wachsender Dienstleistungsbereich hängt noch enger mit meinem Thema zusammen: die private Sicherheitsbranche, für die in den USA z. Zt. 2 Millionen Jobs offiziell erfasst werden (das Dreifache der rund 600 000 Polizisten), zu denen dann noch die *doormen* und die unzähligen *guards* im Einzelhandel kommen, Jobs, durch die vor allem junge männliche Angehörige von sog. *minorities* ihr mageres Auskommen finden.

Lohn- und Gehaltsempfänger] and less on owners of capital.« (Crook 1997, 30) Die Quellenverschiebung belastet also besonders die Mittel- und Unterschichten. Zugleich hat es in allen westlichen Industrieländern Verschiebungen bei den Ausgaben gegeben, sinkende Ausgaben für Investitionen und steigende Ausgaben für Schuldzinsen, Verteidigung, Polizei und Justiz, Erziehung und Gesundheit sowie vor allem für Renten und Pensionen und für Soziales (Crook 1997, 7–9). Aber auch wenn Einnahmen und Ausgaben absolut steigen, werden eben die Mittel bei noch schneller steigenden Anforderungen relativ gesehen immer geringer.

In bezug auf die Sozialkassen wird noch eine andere Tendenz relevant. Angesichts der hohen Lohnnebenkosten wächst im Dienstleistungsgewerbe die Nachfrage nach Schwarzarbeit, und mehr und mehr Arbeiter, Handwerker und sonstige Dienstleister tauchen in die informelle Ökonomie ab, die zwar als solche floriert und auch kurzfristig gute Einkommen abwirft, aber letztendlich das System sozialer Sicherungen weiterhin schwächt.

Neben rein wirtschaftliche und daraus resultierende soziale Entwicklungen treten demographische Veränderungen. Eine wichtige solche Veränderung ist auf die westlichen Industrieländer beschränkt und hat nichts mit der Globalisierung zu tun, wirkt sich aber auch auf die Nachfrage nach wohlfahrtsstaatlichen Leistungen aus: die stets wachsende Quote der Rentner, die einen immer höheren Anteil des Volkseinkommens verbrauchen (zugleich aber auch eine immer bedeutsamere Wählergruppe werden, so daß Kürzungen schwer durchzusetzen sind). Im Rest der Welt, oder besser: praktisch in der gesamten Welt, ist die demographische Lage umgekehrt und sind 50% der Bevölkerung unter zwanzig Jahre alt. Und die gesamte Weltbevölkerung wächst rapide an, teilweise als Folge der Globalisierung der medizinischen Wissenschaft (aber natürlich auch vieler anderer Faktoren). Die Weltbank prophezeit einen Anstieg von den gegenwärtigen 5,7 Milliarden auf 8,5 Milliarden im Jahre 2030. Von den 2,8 Milliarden zusätzlichen Menschen werden 2 Mrd. in Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 2 Dollar pro Tag geboren werden. Es ist völlig unwahrscheinlich, daß die nötigen Investitionen für Ernährung, Wasserversorgung, Abfallbeseitigung usw. aufgebracht werden können, ganz zu schweigen von Schulen, Arbeitsplätzen und sonstigen Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung (Thurow 1996, 88–96). Andererseits trägt das Fernsehen als Vehikel der kulturellen Globalisierung das Idealbild des Lebensstils einer amerikanischen Mittelschichtfamilie und europäische Vorstellungen von gut bezahlter Arbeit, sozialer Sicherung und medizinischer Versorgung bis in den letzten Winkel der Erde. Ergebnis dieser Schub- und Zug-Momente ist eine Migrationsbewegung, die quantitativ wohl diejenige der letzten Jahrhundertwende noch übertrifft, vor allem aber qualitativ von ganz anderer Art ist. Die Zielländer waren damals »leere« Gebiete gewesen (die USA, Argentinien, später auch Kanada und Australien), die sowohl überhaupt Menschen als auch Massen von ungelerten Arbeitskräften brauchten. Nichts davon trifft heute zu, vor allem nicht in Westeuropa, aber auch schon nicht mehr in den ehemaligen »leeren« Gebieten (Weiner 1995, Borjas 1996, Kennedy 1996). Völlig neu an der heutigen Situation ist auch die Tatsache, daß die Neuankömmlinge automatisch an den medizinischen und Fürsorgeleistungen von Wohlfahrtsstaaten partizipieren und diese damit zum Verdruss der bisherigen Benefiziere, die im Gegensatz zu den Neulingen auch »eingezahlt« hatten, zusätzlich und – so weithin die Stimmung – ungerechtfertigterweise belasten. Zwar werden überall Anstrengungen gemacht, (zumindest die legalen) Immigranten in den Aufnahmeländern zu sozialisieren und damit in das Wirtschaftsgefüge zu integrieren (Sprach-, Schul- und Berufsausbildung), aber auch hier sind die Staaten bereits nicht mehr in der Lage, Investitionen im eigentlich notwendigen Umfang zu leisten – und ist vor allem auch die eingessessene Bevölkerung nicht mehr dazu bereit. Die Plebiszite

von Kalifornien, die illegale Immigranten ausdrücklich von Sozialleistungen, medizinischen Leistungen und der Schulerziehung ausschließen (Proposition 187 von 1994), sowie die Erfolge offen fremdenfeindlicher Parteien und die xenophobische Gewalt in vielen Ländern Westeuropas bilden dabei nur die berühmte sichtbare Spitze des Eisbergs. Waren bisher »Mitbürger aus der Fremde« (Buckow/Llaryora 1993) zwar auch faktisch eher auf ihre Fremdheit und Herkunftsidentität verwiesen worden, so hatte doch der offizielle Diskurs sie stets zu Mitbürgern deklariert.⁵ Für Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und illegale Zuwanderer gilt das nicht mehr.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, auch für die westeuropäischen Länder die Entstehung einer subproletarischen Schicht vorherzusagen, die in fast jeder Hinsicht eine Analogie zur amerikanischen *underclass*, zur Ghetto-Population der *inner cities*, bilden wird (Dubet/Lapeyronnie 1992, Wilson 1996, Häußermann 1997, Kronauer 1997). Die beiden wichtigsten Aspekte der Globalisierung, die Freisetzung von Millionen Arbeitskräften und die Immigration von Armen ohne Zukunftschancen, verstärken Tendenzen, die sowieso schon vorhanden waren: fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bei einem hohen Prozentsatz der zweiten und dritten Generation von Einwandererkindern, die Bildung arabischer Ghettos in den französischen *villes nouvelles*, in Deutschland die mangelnde Integrationsfähigkeit der jungen männlichen Spätaussiedler usw. Die neue Unterschicht hat sogar ihre eigene Bohème: die Drogenabhängigen. Und sie wird womöglich weitgehend eine Paria-Identität haben: Bei vielen wird an die Stelle nationaler oder ethnischer Herkunftsidentität eine allgemeine Identität als »Ausländer« im Gegensatz zu »Deutschen«, »Franzosen« usw. treten, so wie in den USA »schwarz« im Gegensatz zu »weiß«.

Es gehört auch nicht viel Phantasie dazu – um nun zu den Folgen dieser Entwicklungen für den Bereich Kriminalität und soziale Kontrolle zu kommen –, einen Anstieg der Eigentums- und Gewaltkriminalität parallel zum Wachstum dieser subproletarischen Schicht und insbesondere auch parallel zur sich immer weiter öffnenden Schere der Einkommensunterschiede vorherzusagen. Schon jetzt sind in Deutschland, neben den Drogenabhängigen, die wenig integrierten männlichen jungen Spätaussiedler und die nicht-residenten Ausländer (Asylbewerber, Illegale, kurzfristig Einreisende) besonders kriminalitätsbelastet. Die höchsten Zuwachsraten haben die jugendlichen Rußland-Deutschen, die im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil höchsten Raten bei einigen wichtigen Straftaten haben die männlichen Ausländer (verurteilte Ausländer in Prozent der Verurteilten insgesamt: 27,3%): Mord 32,3%, Totschlag 36,5%, Gefährliche Körperverletzung 33,2%, Diebstahl 31,7%, Raub 40,3%, Hehlerei 38,9%, Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz 32,6%, Straftaten nach dem Straßenverkehrsgesetz 40,4%. Der Anteil der Ausländer an der gesamten Gefängnispopulation betrug Mitte der neunziger Jahre über 25%, in Jugendstrafanstalten über 50% und in Untersuchungshaftanstalten zwischen 60 und 70%.⁶ Zu dieser kriminalitätsbelasteten Schicht werden dann vor allem auch die

⁵ Solange die Einwanderung begrenzt bleibt und die Einwanderer die Chance haben, Bildungs- und Arbeitsangebote zu nutzen und ihre mitgebrachten Potenzen zu entfalten (und es sind ja großenteils gerade die Unternehmungs- und Risikofreudigen mit einem besonderen Potential, die durch die Auswanderung neue Möglichkeiten suchen), kann – wie die Geschichte zur Genüge beweist – die Integration zum beiderseitigen Vorteil gehen (vgl. etwa auch Buckow 1993).

⁶ Zahlen nach der Strafverfolgungsstatistik für 1995 (S. 390); die Polizeiliche Kriminalstatistik weist in der Regel noch höhere Anteile aus. Für eine sehr differenzierte Analyse der Problematik vgl. Albrecht 1997, für die ganz ähnliche Situation in den Niederlanden Junger-Tas 1997 und für Frankreich Tourmier 1997; generell ergibt sich aus diesen Untersuchungen, daß die Überrepräsentierung eher aus der sozialen Lage der Betroffenen als aus diskriminierender Reaktion von Anzeigern, Polizei und Justiz zu erklären ist. Hier sei nur noch erwähnt, daß die in der Strafverfolgungsstatistik gebrauchte Aufteilung nach Deutschen und Ausländern etwas in die Irre führt, denn dauerhaft in Deutschland wohnhafte Ausländer (Bevölkerungsanteil 1995 7,4%) haben eher niedrigere Raten als Deutsche (bei denen die Immigranten aus Rußland, Kasachstan usw. mitgezählt werden). Umso erstaunlicher ist dann die Aktivität der nicht-residenten

deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen stoßen, die keine Berufsausbildung genießen und von vornherein keinen regelmässigen Arbeitsplatz finden konnten. Ein weiterer Bereich mit enormen Wachstumsquoten als Folge der Globalisierungseffekte ist die informelle und eben auch illegale Ökonomie, die mit der legalen vielfältig verwoben ist und deren schwarzes Geld destabilisierend auf die Märkte und die Staatsfinanzen wirken kann (Naylor 1996, bes. 90–98). Die Zunahme der Schwarzarbeit habe ich bereits erwähnt. Bedeutsamer für die Kriminalisierungstimmung, auf die ich gleich eingehen werde, ist ein anderer Zweig dieser Ökonomie: das sogenannte »organisierte Verbrechen«. Dessen illegale Märkte – und Akteure wie deutsche Waffenschieber und Chemieexporteure, türkische, kolumbianische, marokkanische Drogenhändler, Euro-Subventionsbetrüger aller Länder usw. usf. – sind im Prinzip seit langem eine globalisierte Erscheinung, haben aber durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den danach aufblühenden Handel mit gestohlenen Autos, illegalen Zigaretten, Drogen, Waffen, Ikonen, Frauen usw. einen insbesondere in Deutschland spürbaren Aufschwung genommen.⁷ Der risikobereite kleine bis mittlere internationale Unternehmer vom rumänischen Einbrecher über den pakistanischen Menschenschmuggler, vietnamesischen Zigarettendealer und ungarischen Zuhälter zum russischen Schutzgelderpresser bewegen zur Zeit die Gemüter weit mehr als früher ihre traditionellen Vorgänger.

Und schließlich nimmt natürlich auch die *white-collar*-Kriminalität ein ganz anderes Ausmaß an in einer Welt, in der wirtschaftliche Transaktionen global und unübersichtlich werden, in der Firmen ihre Dateien im Zuge des *out-sourcing* von anderen Firmen bearbeiten lassen, in der Eigentum mehr und mehr ein solches an Ideen, Formeln, Dateien wird, die schwer zu schützen und leicht zu manipulieren und zu kopieren sind, ohne daß überhaupt der Verlust einer Sache zu bemerken wäre usw. Allen diesen Erscheinungen gegenüber scheint – und ist wohl auch – der Staat relativ machtlos, so wie er auch gegenüber den legalen Märkten offenbar überall den kürzeren zieht (bzw. Regierungen zu willfährigen Ausführungsorganen von Marktinteressen werden). Der in den Polit-Fiktionen und den linksliberalen Angstträumen beschworene allmächtige Staat ist eher eine Sache der Vergangenheit als der Zukunft. Zunächst scheinen ihm ganz einfach die Ressourcen zu schwinden, die finanziellen und als Konsequenz die personellen – und vielleicht sind wir sogar schon auf dem Weg von einer relativen Schrumpfung zu einer absoluten. Weiterhin ist zwar die neue Computer-Technologie mit ihren Möglichkeiten zu Registrierung, Datenabgleich, Profilbildung etc. ein sehr eindrucksvolles Kontrollinstrument, aber dieses Instrument ist durchaus auch fehleranfällig in bezug auf Datensammlung und Datenverarbeitung und keineswegs sicher vor Manipulation, und mit wachsender Informationsmenge wird es immer anfälliger (Marx/Reichman 1987). Und schließlich wird zu oft übersehen, daß auch erheblich verbesserte Kontrollmethoden allein keineswegs zu perfekterer Kontrolle führen müssen. Denn die andere, die kontrollierte Seite verändert sich ja auch, und bezieht man diese Veränderungen (wachsende Zahl, Anonymität, Mobilität, Aufsplitterung in Subsysteme, Subkulturen, Sprachgruppen, weitgehender Abbau informeller Kontrollsysteme, phantastische technische Mög-

Ausländer als neuen *classes dangereuses*. Der Vergleich zur afro-amerikanischen *underclass* in den USA liegt wieder nahe. Diese stellte 1994 12% der Gesamtbevölkerung, aber 53% der Gefangnisinsassen; die Gefangenenerate belief sich auf 1 895 pro 100 000 und war etwa sieben Mal so groß wie die der weißen Bevölkerung mit 293 auf 100 000; die gesamtamerikanische Gefangenenerate liegt mit 645 ihrerseits übrigens wieder fast acht Mal so hoch wie die deutsche mit 85 (vgl. Wacquant 1997, 58, Walmsley 1997, 7, Butterfield 1998).

⁷ Minc 1993, 68–92, halt die mafiosi sogar für die wichtigste sozio-ökonomische Klasse, die aus den Ruinen der Sowjetunion hervorgegangen ist. Thurow 1996, 55, meint, daß die Aneignung großer Teile des ehemaligen Staatseigentums durch diese Klasse, meist als Kriminalität thematisiert, durchaus auch als *private privatization* in Parallele zu thatcher-artigen Privatisierungen im Westen gesehen werden konnte.

lichkeiten der Kommunikationsverschlüsselung und der in *packages* aufgesplitterten Übermittlung im dezentralisierten Internet etc.) in die Analyse ein, so zeigt sich, daß die erheblich verbesserten Kontrollmethoden nur die totale Kontrollerosion verhindern (in bezug auf die legale Wirtschaft, die Kapitalbewegungen, die Steuerschulden, die Migrationen wie in bezug auf alle Formen von Kriminalität) und daß die Kontrolle heute eher weniger effektiv ist als sie früher war.

Die geschilderten Globalisierungsvorgänge bringen auch eine besondere Form von Gewaltkriminalität hervor: fremdenfeindliche Ausschreitungen von meist jugendlichen Tätern aus der Arbeiterschicht, die Sündenböcke für den Verlust der Arbeitsplatzsicherheit suchen oder Konkurrenten um wohlfahrtsstaatliche Leistungen ausschalten oder auch in der *McWorld* des Marktes ihre prekäre (nationale, regionale, subkulturelle) Identität in einer Art Mini-Dschihad zu behaupten oder auch erst zu etablieren suchen (Barber 1995; für Deutschland Hess 1997). Diese Gewaltkriminalität ist ein extremer Ausdruck dessen, was sich ansonsten aus den gleichen Gründen als Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien manifestiert oder auch – in der am meisten verwässerten, aber auch verbreitetsten Form – als punitive Haltung gegenüber Kriminalität.⁸

Nicht nur Arbeiter und Kleinbürger, sondern auch große Teile der Mittelschicht, insgesamt jene vier Fünftel der Bevölkerung, die nicht von der Globalisierung profitieren, machen die für die meisten ganz neue Erfahrung ökonomischer Unsicherheit, sinkender Einkommen mit Aussicht auf einen in Zukunft niedrigeren Lebensstandard und eine ungewisse Altersversorgung. Das »Verschwinden der Mittelklasse« (Martin/Schumann 1996, 225–252) bzw. die dunkle Ahnung dieses Schicksals hat in den zwanziger und dreißiger Jahren zum Aufstieg des Faschismus als »Extremismus der Mitte« (Lipset) beigetragen.⁹ Im Augenblick fließt die Energie der Frustration, wie gesagt, unter anderem in eine aggressive Punitivität – die sich allerdings auch noch aus anderen Quellen speist: aus eigener Opfererfahrung, aus sekundärer Information über die tatsächlich ansteigende Kriminalität, aus der dramatischen Art und Weise, wie diese Information in den Medien dargeboten wird, und schließlich vor allem auch aus dem Ärger über den wachsenden Aufwand, der zum Schutz gegen Kriminalität geboten scheint oder ist.

Die Folgen sind in den USA schon sehr deutlich zu sehen. Die repressiven Drogen-

⁸ In gewisser Weise erinnert die Situation, was die Kriminalität im Subproletariat und auch im Proletariat betrifft, an die Zeit der ersten Industrialisierung. Neben einem wachsenden Subproletariat gibt es durch die Schwächung der Gewerkschaften als Folge der Globalisierung und durch die hohe Immigration (wieder) ein heterogenes und wenig organisiertes Proletariat: Vor allem mißlingt zunehmend die Integration der Jugend in klassengebundene Interessengruppen. Als Konsequenz drücken die Unterschichten ihre Interessen weniger als Klassenhandeln und mehr in individuellen kriminellen Akten aus – wie es Engels in *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1842) beschreibt. Vielleicht ist diese These etwas überzogen, aber die Analogie liegt doch nahe. Auf jeden Fall aber fordert die neue Heterogenität den Minoritätenhaß und die Punitivität. Und hier zeigt sich dann auch die ganze Ambivalenz der heute nicht umsonst überaus populären sogenannten *identity politics*, der nativistischen Bemühung aller möglichen Gruppen in der multikulturellen, multireligiösen, multisexuellen usw. Gesellschaft, ihre Anders- und Eigenartigkeit hervorzuheben. Denn so notwendig die Betonung von in-group-Zugehörigkeit für den Einzelnen sein mag, sie schwächt die Verpflichtung der Linken auf den Universalismus und führt zu »paranoid, jargon-clotted, post-modernist group-think, cult celebrations of victimization and stylized marginality« (Todd Gitlin, zitiert nach Piven/Cloward 1997b, 56). Und in einer Situation ökonomischer Unsicherheit, heftigen kulturellen Wandels, großer Zukunftsangste bieten sich selbst- oder fremdstylierte Andere schnell als Sündenbocke an und werden auch überall im öffentlichen Diskurs, der komplizierte Erklärungen scheut, als Sündenbocke genutzt und z. T. ganz bewußt herrschaftssichernd eingesetzt. (Piven/Cloward 1997b)

⁹ Die weitgehende Akzeptanz der hohen Steuern in den westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten kam wohl vor allem dadurch zustande, daß die Mittelschichten zwar am meisten zahlten, aber dann auch mehr von den Leistungen des Systems profitierten als die Unterschichten (Abschreibungsmöglichkeiten, Förderung des privaten Wohnungsbaus, des Erziehungswesens, der Kultur usw.), u. a. deshalb, weil alle großen Parteien sich um die Gunst des Mittelschicht-Wechselwählers bemühten (vgl. Crook 1997, 19 f.). Der Abbau dieser Leistungen ist im Gange und wird wohl – auch wenn davon weit weniger geredet wird – ähnlich schwerwiegende Konsequenzen haben wie die Kürzung der Sozialleistungen für die Bedürftigen.

gesetze mögen auch viel mit der puritanischen Tradition des Landes zu tun haben, sie sind aber sicherlich auch ein Mittel zur Kontrolle der *underclass* (Chambliss 1994); generell wurden die Strafmaße erhöht, für eine Reihe von Straftaten wurde die lebenslange Freiheitsstrafe ohne Alternative und ohne Begnadigungsmöglichkeit eingeführt, in einigen Staaten droht nach der dritten Straftat bei zwei Vorstrafen für Verbrechen lebenslange Freiheitsstrafe (*Three Strikes, You're Out*), Häftlinge werden seltener auf Bewährung entlassen (Forderungen nach Absitzen der *true time* oder von mindestens 85% der Strafe sind sehr populär), Bewähungen werden häufiger widerrufen usw. Seit 1990 stieg die Zahl der Gefängnisinsassen jährlich um 7%, sie betrug im Juni 1997, *jails* und *prisons* zusammengenommen, 1 725 842 Personen. Das Wachpersonal ist seit 1990 um 30% auf nunmehr rund 600 000 angewachsen.¹⁰ Nach einem für lange Zeit eingehaltenen Moratorium wird in den letzten Jahren die Todesstrafe wieder vollzogen, und trotz zum Teil heftiger Diskussion über Polizeibrutalität findet (wie u. a. die New Yorker Bürgermeisterwahlen von 1997 deutlich gezeigt haben) die neue Linie des *aggressive policing* breite Zustimmung in der Bevölkerung. Großbritannien liegt seit langem auf dieser Linie, die Niederlande bauen neue Gefängnisse und haben die Zahl der Insassen zwischen 1985 und 1995 verdoppelt¹¹, und in Deutschland lassen Politikerreden, Medieninhalte, Leserbriefe usw. darauf schließen, daß die Stimmung auch hier deutlich in Richtung Punitivität geht. Staatsanwälte und Richter sind noch größtenteils im Sinne des Resozialisierungsgedankens und der Therapeutisierung ausgebildet, und dieses Moment entwickelt eine gewisse Eigendynamik, aber auf die Dauer ist zu befürchten, daß der öffentliche Druck zu einer Wandlung führt.

¹⁰ Vgl. Butterfield 1997 und Butterfield 1998, generell auch Christie 1995, Weitekamp/Herberger 1995, Shchur/Sechrest 1996 und Wacquant 1997. In den USA steigt die Punitivität, obwohl dort – im Gegensatz zu Deutschland und anderen Industrieländern – seit 1992 die statistisch ausgewiesene Kriminalität sinkt. (In der Statistik, dem *Uniform Crime Report*, werden allerdings nur die sog. *index crimes* gezählt: vier Formen von Gewaltdelikten – *murder, rape, robbery, assault* – und vier Formen von Eigentumsdelikten – *burglary, larceny, motor vehicle theft, arson*. Reine Drogendelikte werden dabei nicht erfaßt, und der Anstieg der Gefängnispopulation ist zum großen Teil auch auf die schärfere Verfolgung von Drogendelikten im Rahmen des irrationalen *War on Drugs* zurückzuführen: Während 1980 nur 8% aller Insassen deshalb verurteilt worden waren, war der Anteil 1995 auf 25% gestiegen, in den *Federal prisons* sogar auf 61%; vgl. Lindesmith Center 1998, 1.) Das Entscheidende ist aber wohl, daß trotz fallender Gewaltkriminalität das Niveau dieser besonders medienwirksamen Form von Kriminalität in den USA von vornherein so hoch liegt, daß auch beim Sinken der Zahlen genügend Anlaß zur öffentlichen Erregung bleibt. Denn während sich die USA in bezug auf die meisten Delikte immer weniger von den europäischen Ländern unterscheiden, bleibt der Unterschied bei den Totungsdelikten (wie bei den Drogendelikten) groß: 1990 gab es in Deutschland 1 Totungsdelikt auf 100 000 Einwohner, in den USA 9,4 (Zimring/Hawkins 1997, 34–72). Im übrigen wird das Sinken der Kriminalität im öffentlichen Diskurs auf die größere Punitivität zurückgeführt, teilweise auch im wissenschaftlichen Diskurs – wie etwa bei Reynolds 1997, der für Kalifornien und Texas eine umgekehrte Proportionalität von »expected punishment« und Kriminalität nachweist («... expected punishment is calculated by multiplying four *probabilities* – of being arrested for a crime after it is committed, of being prosecuted if arrested, of being convicted if prosecuted and of going to prison if convicted – and then multiplying that product by the median time served for an offense.»; Reynolds 1997, 6). Die Punitivität, sowieso mehr von den oben analysierten anderen Faktoren abhängig, steigt also mit wachsender Kriminalität, muß aber bei sinkender Kriminalität keineswegs zurückgehen. Zudem führen zwei Überlegungen – Generalprävention hin oder her – zu einer gewissen Skepsis gegenüber einem dauerhaft niedrigen Stand der amerikanischen Kriminalitätsraten. Erstens: Je mehr Menschen die negative Erfahrung eines Gefängnisaufenthalts machen, der in keiner Weise auf Resozialisierung ausgerichtet ist, desto mehr Rückfalltäter konnte es dereinst geben. Zweitens: Sobald die gegenwärtig niedrige Arbeitslosenrate durch eine Wirtschaftsflaute wieder ansteigt, konnte sie die Kriminalitätsraten mit nach oben ziehen.

¹¹ Die absoluten Zahlen haben sich verdoppelt, die Zahlen relativ zu 100 000 Einwohnern stiegen von 35 auf 65; das ist immer noch vergleichsweise niedrig, doch ist der Trend bemerkenswert (vgl. Walmsley 1997, 6 f.). Ich verwende hier die allgemein übliche Meßzahl (Gefangene auf 100 000 der Bevölkerung), die ja auch einiges über die generelle Punitivität (als Bereitschaft zur Kriminalisierung von Handlungskategorien und Bereitschaft zur Verhängung von Freiheitsstrafen) aussagt. Um Punitivität im engeren Sinne zu messen, mußte man aber wohl eine andere Meßzahl verwenden: Gefangene auf Anzahl der bekannten Straftaten. Diese an sich viel vernünftige Meßzahl würde den Anstieg der Punitivität in den Niederlanden immerhin auch heute noch sicherlich geringer ausfallen lassen.

So ist zu erwarten, daß es in Zukunft weit schwerer sein wird, Linkskriminalisierungen zu propagieren und durchzusetzen, daß im Gegenteil auch Bagatelldelikte wieder schärfer gestraft werden, daß Diversions- und Resozialisationsmaßnahmen, »Hotelvollzug«, therapeutische Segelturns und Abenteuerreisen kaum noch legitimierbar sein werden. Sie werden als zu teuer und als unwirksam gelten, und vor allem nicht als das, was die Straftäter eigentlich verdient haben. Denn in Wahlverwandtschaft mit der neuen Attitüde wird auch ein Diskurs sich wieder durchsetzen, in dem individuelle Verantwortung und Schuld, Vergeltung und Abschreckung vorherrschen.¹² Zwar sind Maßnahmen der Vergeltung und Abschreckung keineswegs billiger¹³, aber sie befriedigen die punitiven Bedürfnisse und geben den Politikern eine der wenigen noch verbleibenden Chancen, Stärke und Handlungskompetenz zu demonstrieren (Beckett 1997, Simon 1997).

Politische Globalisierung: Anarchie oder Weltstaat?

In bezug auf die sozio-ökonomische und demographische Entwicklung werden also wohl – statt Huxley und Orwell – Marx und Malthus späte Triumphe feiern können. Und für unseren engeren Bereich wird gelten: mehr kriminalisierbare Handlungen einerseits und andererseits eine wieder zunehmende Tendenz, diese Handlungen auch zu kriminalisieren und – da die Kraft für die Prävention und die Gelassenheit für helfende Resozialisation fehlen – auch wieder reaktiv-repressiv zu bestrafen. Natürlich ist eine solche Aussage nichts weiter als die Extrapolation einiger gegenwärtiger Tendenzen, und es bleibt die Hoffnung, daß sich andere, ebenfalls vorhandene, wenn auch sicherlich schwächere Tendenzen durchsetzen.¹⁴

¹² Vgl. dazu auch Lilly/Cullen/Ball 1995, 196–225. Den »normalen«, rational kalkulierenden Akteur mit einem gewissen Maß an Entscheidungsfreiheit, individueller Zurechnungsfähigkeit und Verantwortlichkeit (als Gegensatz zum Reaktionsdeppen der Sozialdeterministen) findet man allerdings keineswegs nur bei den eher rechtslastigen, populistischen Punitiven, sondern auch bei jenen kriminologischen Richtungen, die David Garland als »the new criminologies of everyday life« bezeichnet (Garland 1996; vgl. für die liberalen und linksliberalen Traditionen dieser »post-social criminologies« O'Malley 1996), also vor allem *rational choice*- und *routine activities*-Theorien, für die Kriminalität nicht moralische Verrung, sondern kalkuliertes Nutzen von Gelegenheiten ist, dem mit *situational crime prevention*, also einem Limitieren der Gelegenheiten, begegnet werden muß. Eine Art ökonomische Kriminalpolitik (mit betonter Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen) tritt hier neben die therapeutisierende des Wohlfahrtsstaats einerseits und die populistisch-repressive des schwachen Staats und der deklassierten Mittel- und Arbeiterschichten andererseits. Für eine kriminologische Theorie, aus der sich eine solche ökonomische Kriminalpolitik auch begründen ließe, vgl. Hess/Scheerer 1997.

¹³ In Deutschland kostet ein Gefangener etwa 220 DM pro Tag, über 80 000 DM im Jahr. Ein Blick in die Zukunft: In den letzten 20 Jahren wurden in Kalifornien 21 Gefängnisse und 1 neue Universität gebaut. Das kalifornische Gefängnisssystem kostet pro Haftling 34 000 \$ im Jahr, während der Staat 6 000 \$ pro Universitätsstudent ausgibt. Die Ausgaben für das Universitätssystem fielen von 12,5% des Staatshaushalts im Jahre 1990 auf 8% im Jahre 1996, die Ausgaben für das Gefängniswesen stiegen im gleichen Zeitraum von 4,9% auf 9,4% (vgl. Butterfield 1997).

¹⁴ So ist nicht auszuschließen, daß das Wachstum der Weltbevölkerung und die damit verbundenen Probleme weniger kraß ausfallen könnten (vgl. Eberstadt 1997). Ebenso wäre es möglich, daß der *laissez-faire*-Kapitalismus entweder tatsächlich zu dem erhofften allgemeinen Wohlstand führt oder aber wieder und in Europa weiterhin sozialdemokratisch und wohlfahrtsstaatlich gezügelt wird und die zur Zeit wachsenden Einkommensunterschiede durch Umverteilung wieder gemildert werden. Oder es könnte zumindest gelingen, die Umsetzung letztlich ökonomisch bedingter Frustration in aggressive Punitivität durch Erziehung einzuschränken. Außerdem wäre es natürlich leicht, einige normativ angehauchte Zukunftsszenarien zu entwerfen, die die Entwicklung so voraussagen, wie sie sein sollte. Im letzten Fall wäre allerdings zu bedenken, daß zwischen dem von Soros als »reflexivity« thematisierten feedback von Interpretation und Realität (=Buyers and sellers in financial markets seek to discount a future that depends on their own decisions. The shape of the supply and demand curves cannot be taken as given because both of them incorporate expectations about events that are shaped by those expectations.« Soros 1997, 48 f.), für den ja auch in der Kriminologie von Hulsman bis Steinert zurecht Beachtung gefordert wird, einerseits und der Selbstüberschätzung magischen Denkens à la Sozialistischem Realismus andererseits vielleicht

Erst recht spekulativ sind Überlegungen zur globalen politischen Entwicklung und zu deren möglichen Konsequenzen für unseren Bereich. Dennoch möchte ich abschließend dazu einige ganz kurze Bemerkungen machen. Viele Autoren sehen für Nationalstaaten und demokratische Systeme, beides sowieso weltgeschichtlich gesehen eher episodische Phänomene, keine Zukunft. Prophezeit werden große Konflikte zwischen größeren Einheiten, ein »Clash of Civilizations« (Huntington 1996). Oder ein Zerfall in regionale Einheiten mit fließenden Grenzen, Stammesgebiete, Herrschaftsbereiche von wechselnden *warlords*, ein »Nouveau Moyen Age« (Minc 1993) bzw. eine »New Anarchy« (Kaplan 1994) mit »Aussichten auf den Bürgerkrieg« (Enzensberger 1993) als allgegenwärtiges Phänomen. Oder der dialektische Konflikt von »Jihad vs. McWorld« (Barber 1995), des weltumspannenden, Traditionen zerstörenden kapitalistischen Marktes gegen überall aufschießende mehr oder weniger fundamentalistische Identitätsbewegungen ethnischer und/oder religiöser Art, wobei die Demokratie von beiden Seiten untergraben wird.

Angesichts solcher, immerhin nicht schlecht begründeter Dystopien sollte man aber nicht übersehen, daß es auch eine ebenfalls gut begründbare (in vergleichender Wertung könnte man wohl sagen: utopische) Alternative gibt: die Bildung eines Weltstaats. Wie einst die europäischen Abenteuerkapitalisten und Handelskompanien letztlich auf die kolonisierenden Nationalstaaten als militärische und administrative Schutzmächte angewiesen waren (*the flag follows the trade* muß historisch durchaus auch in diesem Sinne verstanden werden), so wird auch jetzt wieder der Globalisierung der Wirtschaft die Globalisierung einer Schutzmacht irgendwelcher Art mit festen Rechtsinstitutionen folgen müssen. Die Kapitalfonds, die transnationalen Konzerne und auch die kleineren Unternehmen können zwar ohne die oft genug lästigen Nationalstaaten und ihre Regulierungen auskommen, aber letztlich doch nicht ohne eine Macht, die ihre Investitionen weltweit schützt, ihre Kontrakte weltweit garantiert, die Märkte für ihren Kapital- und Güterverkehr weltweit offenhält und die Konditionen für Planungen berechenbar macht.¹⁵ Vor allem bleibt eine *laissez-faire*-Ökonomie von systemimmanenten Krisen bedroht, die ohne letztlich politische Regulierungen in den Zusammenbruch führen könnten, etwa durch zu abrupte Kapitalverschiebungen, aber auch durch Überproduktion aufgrund technologischer Perfektion, der – bei abnehmender Umverteilung – eine nicht in gleichem

keine prinzipiellen, aber doch beachtenswerte Unterschiede bestehen. Die oben angesprochene Kritik des vulgarmarxistischen Globalisierungsdiskurses ist so nötig wie eine Kritik der von diesem Diskurs thematisierten wirtschaftlichen und politischen Vorgänge, wenn man andere Verläufe erhofft und anstrebt – aber die Kritik darf nicht mit einer nüchternen Zukunftsprognose verwechselt werden.

- 15 Ein schönes Beispiel dafür, daß die Wirtschaft ohne Politik und Militär bzw. Polizei nicht wird auskommen können, ist die Situation am Kaspischen Meer. Dort liegen die wahrscheinlich größten Ölvorkommen der Erde, zu deren Ausbeute westliche Ölgesellschaften in den nächsten Jahren 100 Milliarden Dollar investieren wollen – im Hoheitsbereich der Länder Aserbeidschan, Turkmenistan und Kasachstan und mit der Aussicht, das Öl in Pipelines durch das Iran der Mullahs, das Kurdistan der PKK, das Afghanistan der Taliban oder den Kaukasus der Tschetschenen zu einem Überseehafen zu leiten! (Vgl. Kinzer 1997) Und schon heute erfordern die in die arme und unsichere (ehemals Dritte) Welt verlagerten Industrieniederlassungen und deren amerikanisches oder europäisches Management ein ganz ungewöhnlich hohes Maß an Polizeischutz. – Interessant ist, wie einer der besten Kenner der Wirtschaft die Bedeutung politischer Intervention sieht: »We have a global economy that suffers from some deficiencies, the most glaring of which are the instability of financial markets, the asymmetry between center and periphery, and the difficulty in taxing capital ... But the real deficiencies are outside the economic field ... We do not have adequate international institutions for the protection of individual freedoms, human rights, and the environment, or for the promotion of social justice – not to mention the preservation of peace ... We can have a market economy but we cannot have a market society. In addition to markets, society needs institutions to serve such social goals as political freedom and social justice. There are such institutions in individual countries, but not in the global society. The development of global society has lagged behind the growth of a global economy. Unless the gap is closed, the global capitalist system will not survive.« (Soros 1998, 32 u. 24) Soros setzt seine Hoffnung ausdrücklich nicht in einen Weltstaat, sondern in internationale Institutionen, aber wahrscheinlich werden diese wie stets nur die Vorläufer einer einheitlichen Organisation sein (vgl. auch Sassen 1996).

Maße wachsende Kaufkraft gegenübersteht.¹⁶ Ansätze zur Weltstaatsbildung gibt es, aber sie sind noch schwach und müssen immer wieder Rückschläge hinnehmen: einerseits die Zusammenschlüsse der Nationalstaaten, von regionalen wie der EU bis zu weltweiten wie den Vereinten Nationen, dazu Hunderte von weltumspannenden Institutionen vom Internationalen Währungsfonds abwärts, andererseits die Selektion einer einzigen Supermacht, die – wie einst von George Bush ganz explizit formuliert und in Kuwait als »Strafaktion« vorexerziert – die Funktion eines Welt-polizisten, legitimiert durch die UN, übernehmen und ein Gewaltmonopol etablieren könnte. Der Umbau westlicher Streitkräfte in professionelle schnelle Eingreifruppen, die im Grunde für Polizeiaufgaben bereitstehen, zeigt, daß diese Idee nicht mit George Bush verschwunden ist.¹⁷

Ganz parallel zu den von Norbert Elias beschriebenen Vorgängen bei der Herausbildung des absolutistischen Staates würde eine solche Entwicklung zum Weltstaat – um noch einmal auf mein engeres Thema zu kommen – in großem Maßstab zur Kriminalisierung bisher legitimer Parteiengewalt führen: souveräne Kriegführung würde zu kriminellem Terrorismus.¹⁸ Die Entwicklung könnte aber dann auch – wenn ein Weltstaat sich dereinst erfolgreich durchgesetzt, die Weltwirtschaft wieder stärker reguliert, sich finanzielle Mittel durch effizientere Kapitalbesteuerung beschafft und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen neubelebt hätte – wieder zu einer Gesellschaft führen, die sich Entkriminalisierungen und einen humanen Umgang mit ihren Abweichlern leisten kann. Auch wenn die nahe Zukunft wenig Gutes verspricht, sollte man ein solches langfristiges Ziel nicht aus den Augen lassen.

Literatur

- Adams, John, *Risk*. London 1995.
 Aharoni, Yair, *The No-Risk Society*. Chatham 1981.
 Albrecht, Hans-Jörg, Ethnic Minorities, Crime, and Criminal Justice in Germany, in M. Tonry (ed.), *Ethnicity, Crime, and Immigration. Comparative and Cross-National Perspectives* (Crime and Justice vol. 21). Chicago and London 1997, 31–99.
 Barber, Benjamin R., *Jihad vs. McWorld*. New York 1995.
 Beckett, Katherine, *Making Crime Pay. Law and Order in Contemporary American Politics*. New York-Oxford 1997.

¹⁶ Vgl. dazu Greider 1997, 103–121 u. 227–258. Soros spricht mit Bezug auf Hegel vom »crack and fall of civilizations owing to a morbid intensification of their own first principles ... Insofar as there is a dominant belief in our society today, it is a belief in the magic of the marketplace. The doctrine of laissez-faire capitalism holds that the common good is best served by the uninhibited pursuit of self-interest. Unless it is tempered by the recognition of a common interest that ought to take precedence over particular interests, our present system ... is liable to break down.« (Soros 1997, 45 u. 48). Die vielen Soros-Zitate führe ich nicht aus übermäßiger Verehrung des Finanziers an (obwohl seine kriminalpolitischen Initiativen, z. B. gegen den *War on Drugs*, Hochachtung verdienen). Ich führe sie vor allem an, um zu belegen, daß die Bildung eines Weltstaats auch im Interesse der Wirtschaft liegt und die Hoffnung darauf deshalb – wie die Geschichte leider belegt – besser begründet ist, als wenn sie nur im Interesse der einfachen Bürger lage.

¹⁷ Das rasante Bevölkerungswachstum und einige sozio-ökonomisch verursachte klimatische und geographische Veränderungen, z. B. die Überschwemmung dichtbevölkerter Küstengebiete, konnten übrigens ebenfalls zur Entstehung eines Weltstaats beitragen, wenn sie zu einer Verknappung des Lebensraums und globalen Notständen führen und damit neue soziale Organisationsformen erzwingen, so wie einst durch Bevölkerungswachstum in wüsten- und bergbegrenzten Flußgebieten die ersten großen Staatsgebilde entstanden sind (vgl. Carneiro 1970, allgemein Hess 1977).

¹⁸ Die Prozesse am Haager Gerichtshof und die kurzliche Verabschiedung Internationaler Strafgesetze durch die Vereinten Nationen zeigen, daß die hier relevante in Nürnberg begonnene Entwicklung stetig weiter fortschreitet; vgl. zum Völkerstrafrecht Jäger 1993 und Jäger 1995.

- Blakeley, Edward J./Snyder, Mary G., *Fortress America. Gated Communities in the United States*. Washington, D. C. 1997.
- Borjas, George J., The New Economics of Immigration, in *The Atlantic Monthly*, February 1996, 72–80.
- Buckow, Wolf-Dieter, *Leben in der multikulturellen Gesellschaft. Die Entstehung kleiner Unternehmer und die Schwierigkeiten im Umgang mit ethnischen Minderheiten*. Opladen 1993.
- Buckow, Wolf-Dieter/Llaryora, Roberto, *Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten*. Opladen 2. Aufl. 1993.
- Butterfield, Fox, Punitive Damages. Crime Keeps On Falling, but Prisons Keep On Filling, in *The New York Times* vom 28. 9. 1997, Section 4, 1 u. 4.
- Butterfield, Fox, As Crime Rate Falls, Number of Inmates Rises, in *The New York Times* vom 19. 1. 1998, Section A, 10.
- Carneiro, Robert L., A Theory of the Origin of the State, in *Science* 169 (1970), 733–738 (dt. in Klaus Eder, Hg., *Seminar – Die Entstehung von Klassengesellschaften*. Frankfurt 1973, 153–174).
- Chambliss, William J., Policing the Ghetto Underclass: The Politics of Law and Law Enforcement, in *Social Problems* 41 (1994), 177–194.
- Christie, Nils, *Crime Control as Industry. Towards Gulags, Western Style?* London 1993.
- Cohen, Stanley, *Visions of Social Control*. Cambridge 1985.
- Crook, Clive, The World Economy, in *The Economist* vom 20. 9. 1997, Survey nach S. 60 (1–48).
- Davis, Mike, *City of Quartz: Excavating the Future in Los Angeles*. London 1990.
- Deleuze, Gilles, Das elektronische Halsband. Innenansicht der kontrollierten Gesellschaft, in *Neue Rundschau* 4/1990, 5–10.
- Dubet, Francois/ Lapeyronnic, Didier, *Im Aus der Vorstadt. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*. Stuttgart 1992.
- Eberstadt, Nicholas, World Population Implosion?, in *The Public Interest*, No. 129, Fall 1997, 3–22.
- Enzensberger, Hans Magnus, *Aussichten auf den Bürgerkrieg*. Frankfurt 1993.
- Feeley, Malcolm M./ Simon, Jonathan, Actuarial Justice: Power/Knowledge in Contemporary Criminal Justice, in David Nelken (ed.), *The Futures of Criminology*. London 1995, 173–201.
- Garland, David, The Limits of the Sovereign State – Strategies for Crime Control in Contemporary Society, in *British Journal of Criminology* 36 (1996), 445–471.
- Garland, David, ›Governmentality‹ and the Problem of Crime: Foucault, Criminology, Sociology, in *Theoretical Criminology* 1 (1997), 173–214.
- Greider, William, *One World, Ready or Not. The Manic Logic of Global Capitalism*. New York 1997.
- Häußermann, Hartmut, Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in *Leviathan* 25 (1997), 12–27.
- Hess, Henner, Die Entstehung zentraler Herrschaftsinstanzen durch die Bildung klientelärer Gefolgschaft. Zur Diskussion um die Entstehung staatlich organisierter Gesellschaften, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 4/1977, 762–778.
- Hess, Henner, Skins, Stigmata und Strafrecht, in *Kriminologisches Journal* 29 (1997), 38–51.
- Hess, Henner/Scheerer, Sebastian, Was ist Kriminalität? Skizze einer konstruktivistischen Kriminalitätstheorie, in *Kriminologisches Journal* 29 (1997), 83–155.
- Hobsbawm, Eric, *The Age of Extremes: A History of the World, 1914–1991*. New York (Vintage Books Edition) 1996.
- Hulsman, Louk/Bernat de Celis, Jacqueline, *Peines perdues. Le système pénal en question*. Paris 1982.
- Huntington, Samuel P., *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York 1996.
- Jäger, Herbert, Makroverbrechen als Gegenstand des Völkerstrafrechts. Kriminalpolitisch-kriminologische Aspekte, in G. Hankel/G. Stuby (Hg.): *Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen*. Hamburg 1995, 325–354.
- Jäger, Herbert, Menschheitsverbrechen und die Grenzen des Kriminalitätskonzeptes. Theoretische Aspekte der Einsetzung eines UN-Kriegsverbrechertribunals, in *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 76 (1993), 259–275.
- Jonger-Tas, Josine, Ethnic Minorities and Criminal Justice in the Netherlands, in M. Tonry (ed.), *Ethnicity, Crime, and Immigration. Comparative and Cross-National Perspectives* (Crime and Justice vol. 21), Chicago and London 1997, 257–310.

- Kaplan, Robert D., The Coming Anarchy, in *The Atlantic Monthly*, February 1994, 44–76.
- Kaplan, Robert D., *The Ends of the Earth. From Togo to Turkmenistan, from Iran to Cambodia – a Journey to the Frontiers of Anarchy*. New York 1997.
- Kennedy, David M., Can We Still Afford to Be a Nation of Immigrants?, in *The Atlantic Monthly*, February 1996, 52–68.
- Kinzer, Stephen, Pipe Dreams. A Perilous New Contest for the Next Oil Prize, in *The New York Times* vom 21. 9. 1997, Section 4, 1 u. 4.
- Kronauer, Martin, »Soziale Ausgrenzung« und »Underclass«: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in *Leviathan* 25 (1997), 28–49.
- Lilly, J. Robert/Cullen, Francis T./Ball, Richard A., *Criminological Theory. Context and Consequences*. Thousand Oaks 2. Aufl. 1995.
- Lindenberg, Michael/Schmidt-Semisch, Henning, Sanktionsverzicht statt Herrschaftsverlust: Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft, in *Kriminologisches Journal* 27 (1995), 2–17.
- Lindesmith Center (ed.), *Drug Prohibition and the U. S. Prison System*, New York (The Open Society Institute) 1998.
- Martin, Hans-Peter/Schumann, Harald, *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Reinbek 1996.
- Marx, Gary T./Reichman, Nancy, Routinizing the Discovery of Secrets: Computers as Informants, in J. Lowman/R. Menzies/T. S. Palys (eds), *Transcarceration: Essays in the Sociology of Social Control*, Aldershot 1987, 188–208.
- Minc, Alain, *Le nouveau Moyen Age*. Paris 1993.
- Naylor, R. T., From Underworld to Underground. Enterprise crime, »informal sector: business and the public policy response, in *Crime, Law and Social Change* 24 (1996), 79–150.
- Nestler, Cornelius, *Grundlagen und Kritik des Betaubungsmittelstrafrechts*, in: Arthur Kreuzer (Hg.), *Handbuch des Betaubungsmittelstrafrechts*, München 1998, 697–860.
- O'Malley, Pat, Post-Social Criminologies. Some Implications of Current Political Trends for Criminological Theory and Practice, in *Current Issues in Criminal Justice* 8 (1996), 26–39.
- Piven, Frances F./Cloward, Richard A., Breaking the Social Compact: The Globalization Hoax, in dies., *The Breaking of the American Social Compact*. New York 1997a, 3–14.
- Piven, Frances F./Cloward, Richard A., Globalizing Capitalism and the Rise of Identity Politics, in dies., *The Breaking of the American Social Compact*. New York 1997b, 41–57.
- Reynolds, Morgan O., *Crime and Punishment in America: 1997 Update*. Dallas (National Center for Policy Analysis Report No. 209) 1997.
- Sassen, Saskia, *Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization*. New York 1996.
- Scheerer, Sebastian, Abolitionismus, in Sieverts, S./Schneider, H. J. (Hg.), *Handwörterbuch der Kriminologie*. Nachtrags- und Registerband. Berlin 1991, 287–301.
- Scheerer, Sebastian, Zwei Thesen zur Zukunft der Gefängnisse – und acht über die Zukunft der sozialen Kontrolle, in *Widersprüche* 17 (1997), 9–24.
- Scheerer, Sebastian/Hess, Henner, Social Control: A Defence and Reformulation, in R. Bergalli/C. Sumner (eds), *Social Control and Political Order. European Perspectives at the End of the Century*. London 1997, 96–130.
- Shearing, Clifford D./Stenning, Philip C., Say »Cheese!«: The Disney order that is not so Mickey Mouse, in dies. (Hg.), *Private Policing*. Newbury Park 1987, 317–324.
- Shichor, David/Sechrest, Dale K. (eds), *Three Strikes and You're Out. Vengeance as Public Policy*. Thousand Oaks-London 1996.
- Simon, Jonathan, Gewalt, Rache und Risiko. Die Todesstrafe im neoliberalen Staat, in T. von Trotha (Hg.), *Soziologie der Gewalt*, Opladen-Wiesbaden 1997, 279–301.
- Soros, George, The Capitalist Threat, in *The Atlantic Monthly*, February 1997, 45–58.
- Soros, George, The Economy: Toward a Global Open Society, in *The Atlantic Monthly*, January 1998, 20–32.
- Thurow, Lester C., *The Future of Capitalism. How Today's Economic Forces Shape Tomorrow's World*. New York 1996.
- Tournier, Pierre, Nationality, Crime, and Criminal Justice in France, in M. Tonry (ed.), *Ethnicity, Crime, and Immigration. Comparative and Cross-National Perspectives* (Crime and Justice vol. 21), Chicago and London 1997, 523–551.
- Wacquant, Loic J.D., Vom wohlthätigen Staat zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika, in *Leviathan* 25 (1997), 50–66.
- Walmsley, Roy, *Prison Populations in Europe and North America: Some Background Information*. Helsinki 1997 (HEUNI Paper No. 10).
- Weiner, Myron, *The Global Migration Crisis. Challenge to States and to Human Rights*. New York 1995.

- Weitekamp, Elmar G. M./Herberger, Scania, Amerikanische Strafrechtspolitik auf dem Weg in die Katastrophe, in *Neue Kriminalpolitik* 7 (1995), 16–22.
- Wilson, William J., *When Work Disappears. The World of the New Urban Poor*. New York 1996.
- Zimring, Franklin E./Hawkins, Gordon, *Crime Is Not the Problem. Lethal Violence in America*. New York-Oxford 1997.

Albin Eser (Hrsg.)

Festschrift für Haruo Nishihara zum 70. Geburtstag

»Diese Festschrift gilt einer wissenschaftlichen Persönlichkeit von höchstem Rang. Sowohl seine persönliche Ausstrahlung als auch sein berufliches Wirken gehen weit über die Grenzen seines japanischen Heimatlandes hinaus. Deshalb haben sich in diesem – zur vierbändigen japanischen Ausgabe hinzukommenden – Band neben polnischen, koreanischen und chinesischen Autoren vor allem auch deutsche Freunde und Kollegen zusammengefunden, um dem verehrten Jubilar einen bunten Geburtstagsstrauß von strafrechtswissenschaftlichen Beiträgen zu widmen.

In den bekanntlich weit zurückreichenden Beziehungen zwischen der japanischen und der deutschen Strafrechtswissenschaft ragt Haruo Nishihara in ganz ungewöhnlicher Weise heraus. Er hat nicht nur an der Rezeption der deutschen Strafrechtsdogmatik in Japan nachhaltig mitgewirkt, sondern umgekehrt auch das japanische Strafrecht für deutsche Wissenschaftler zugänglich gemacht. Auf diese Weise wie auch durch zahlreiche strafrechtliche Beiträge in deutscher Sprache, hat er in einem Rechts- und Wissenschaftstransfer, der allzu lange den Anschein einer nur deutsch-japanischen Einbahnstraße erwecken konnte, gleichsam einen japanisch-deutschen Gegenverkehr eröffnet.«
(Prof. Dr. Dr. h.c. Albin Eser)

1998, 520 S., geb., 148,- DM, 1080,- öS, 131,50 sFr,
ISBN 3-7890-4835-6



NOMOS Verlagsgesellschaft
76520 Baden-Baden